



CETA TTIP TiSA AEC Policy Paper

Die AEC ist ein europaweit agierender Verband zur Vertretung der Interessen der höheren Musikbildung (Higher Music Education Institutes). Sie zählt fast 300 Konservatorien, Musikakademien, Musikhochschulen und Musikuniversitäten zu ihren Mitgliedern. Das sind mehr als 90% aller überhaupt in diesem Bereich tätigen Einrichtungen.

Die derzeit laufenden Verhandlungen über Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und außereuropäischen Staaten (CETA, TTIP, TiSA) werden von Seiten der Europäischen Kommission federführend von der Generaldirektion Handel (DG Trade) geführt. Dies entspricht der Logik der eigentlichen Zielstellung der Verhandlungen - dem Abbau von Handelshemmnissen. Von den Ergebnissen der Verhandlungen sind aber auch andere Bereiche der Zivilgesellschaft betroffen. Negative Auswirkungen sind sowohl für den Bereich der Kultur als auch für das Bildungswesen zu befürchten. Insofern sind die Mitglieder der AEC von den vorgesehenen Abkommen in doppelter Weise betroffen.

Die AEC möchte im Namen ihrer Mitglieder der Sorge Ausdruck verleihen, dass die geplanten Freihandelsabkommen zwischen Europa und Kanada (CETA), zwischen Europa und den USA (TTIP), vor allem aber das multilaterale Trade in Services Agreement (TiSA), dem gewachsenen und bewährten System der öffentlichen Finanzierung von Kunst und Kultur, Bildung und Wissenschaft die Grundlagen zu entziehen droht.

Der Reichtum und die Vielfalt des europäischen Kulturlebens sowie der hohe Standard eines in Europa überwiegend öffentlich organisierten, allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und wirtschaftlichen Lage gleichermaßen zugänglichen Bildungswesens können nur bewahrt werden, wenn die Bereiche Kultur und Bildung aus den Verhandlungen über CETA, TTIP und TiSA vollständig ausgenommen bleiben. Andernfalls würde jede Form von öffentlicher Finanzierung bzw. staatlicher Subventionierung unter das Verdikt der „Wettbewerbsverzerrung“ fallen und wäre damit nicht mehr länger möglich.

Die AEC stellt fest: (The AEC statement states that:)

- Die geplanten Handelsabkommen schaffen Protektionismus nicht ab, sie protegieren lediglich andere Zielgruppen als bisher. Die Rechte der internationalen Investoren würden gestärkt, um diese besser als bisher vor staatlichen Maßnahmen zu schützen. Damit einher geht eine Schwächung der Möglichkeiten zur Durchsetzung zivilgesellschaftlicher Anliegen, wie z. B. Chancengerechtigkeit, Datenschutz, Schutz des geistigen Eigentums, Natur- und Umweltschutz.
- Im Interesse der Gewährleistung eines diskriminierungsfreien Zugangs ist die Bereitstellung von Bildungsangeboten grundsätzlich Aufgabe des Staates und darf nicht den Mechanismen des freien Marktes unterworfen werden.
- Fast alle europäischen Institutionen der höheren Musikbildung werden aus staatlichen und privaten Mitteln mischfinanziert, wobei der jeweilige Anteil von Land zu Land sehr stark differiert. CETA, TTIP und TiSA sehen keine rechtssicheren Regelungen vor, um auch diejenigen Institutionen, die sich nur zu einem geringen Anteil privat finanzieren, vor den Klagen privater Bildungsanbieter auf die Teilhabe an öffentlichen Zuschüssen zu schützen.
- Das In-Kraft-Treten von TiSA hätte zur Folge, dass den staatlichen Organen

untersagt wäre öffentliche Dienste zu erweitern, neue Dienste anzubieten und früher privatisierte Dienste wieder in die Trägerschaft der öffentlichen Hand zurückzuführen.

- Die Verhandlungen über CETA, TTIP und TiSA werden ausschließlich auf der Ebene der Europäischen Union geführt. Die Zuständigkeiten für die von den angestrebten Regelungen ebenfalls betroffenen Bereiche Kultur und Bildung liegen aber - anders als Fragen des Handels - nicht ausschließlich bei der Union. Durch die Nicht-Einbeziehung der Parlamente auf den zuständigen nationalen bzw. föderalen Ebenen überschreitet die EU ihr Mandat.

Die AEC fordert:

- eine generelle Ausnahme von Kunst und Kultur, Bildung und Wissenschaft in sämtlichen Kapiteln von CETA, TTIP und TiSA.
- die Verankerung des Doppelcharakters von Kultur als ideelles und wirtschaftliches Gut im Sinne der UNESCO-Konvention für den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen.
- die Sicherstellung, dass das in den meisten europäischen Ländern geltende Urheberrecht, das an die persönlichen Verfügungsrechte der Autorinnen und Autoren gebunden ist, nicht ersetzt wird durch ein in den USA praktiziertes Copyright, das an die wirtschaftlichen Verwertungsinteressen von Verlagen und Agenturen gekoppelt ist.
- die Umwandlung von den im Rahmen von TiSA vorgesehenen Negativlisten (d.h.: alle Dienstleistungen, die bei Vertragsabschluss nicht auf der Negativliste stehen, müssten künftig privaten Anbietern offenstehen) in Positivlisten, weil nur so gewährleistet ist, dass neu aufkommende Technologien, Kommunikations- und Verbreitungsformen in den Bereichen Kunst und Kultur den gleichen Schutz genießen wie tradierte Medien.

Wir fordern, die geheimen Verhandlungen über TTIP und TiSA abubrechen, CETA nicht zu ratifizieren und die Öffentlichkeit - insbesondere Repräsentantinnen und Repräsentanten der betroffenen Bereiche des öffentlichen Lebens - in alle weiteren Verhandlungen einzubeziehen.